

E: 15.5.06 Poststempel 10.5.06

Willy Rüegg SP (Begründung)

Zuweisung an die
Abteilung Präsidiales

Gemeinderatspräsident
Beat Wiederkehr
Rotweg 55
8820 Wädenswil

Wädenswil, 10.05.2006

Postulat

betreffend Schaffung von genügend Lehr- und Erwerbsarbeitsstellen für alle Jugendlichen in Wädenswil

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, mit welchen geeigneten Massnahmen der Mangel an Lehrstellen für Wädenswiler Jugendliche beseitigt werden könnte. Insbesondere ist abzuklären, ob es nicht sinnvoll sein könnte, den zusätzlich ausbildenden Betrieben finanzielle Beiträge auszurichten oder sogar ein städtisches Angebot in Form einer öffentlichen Lehrwerkstätte aufzubauen. Ferner ist zu überlegen, wie zusätzliche Erwerbsarbeitsstellen für Jugendliche geschaffen werden können. Kein Jugendlicher in Wädenswil soll - ohne einen Anschluss zu finden - die Volksschule abschliessen müssen. Kein Schulabschluss ohne Lehranschluss für Jugendliche in Wädenswil.

Begründung

Arbeitslosigkeit ist die grösste Verschwendung, die in einer Volkswirtschaft vorkommen kann. Für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist ihre Situation schwer zu ertragen, stellt sie doch sowohl eine finanzielle Einbusse als auch eine psychische Belastung dar. Für eine Gesellschaft, die auf Leistung und Eigenverantwortung baut, ist die Duldung von Arbeitslosigkeit nicht akzeptabel, ja ein Skandal. Besonders bei jungen Menschen. Gerade sie wollen beim Einstieg ins Erwerbsleben gefordert und gefördert werden. Sie möchten arbeiten, Verantwortung übernehmen und Mehrwert schaffen, für sich selbst und für unsere Gesellschaft.

Da der Arbeitsmarkt sich heute nicht ausgewogen präsentiert, sondern einen Mangel an Lehrstellen sowie generell ein unzureichendes Angebot an Erwerbsarbeitsstellen zeigt, finden zahlreiche Jugendliche aus Wädenswil keine Beschäftigung. Sie werden entweder in teure „Brückenangebote“ vermittelt oder hängen beschäftigungslos herum. Für die öffentliche Hand entstehen Kosten und Folgekosten, die jedoch möglichst gering zu halten sind.

Die Stadt sollte im Interesse der Jugendlichen mehr Verantwortung übernehmen. Sie sollte möglichst frühzeitig eingreifen und mit kostengünstigen Massnahmen Hilfestellung leisten, bevor noch höhere Folgekosten entstehen. Die Angemessenheit von so genannten „Brückenangeboten“ ist – trotz ihrer Qualitäten – oft fraglich, würden doch die allermeisten Jugendlichen lieber direkt in eine Erwerbs- oder Lehrtätigkeit vermittelt werden.

